

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/55  
21. März 1977

Die hessische Kommunalwahl eine Warnung an die  
Gesamtpartei

---

Die SPD muß sich wieder der Sorgen und Wünsche der  
Bürger annehmen

Von Günter Metzger  
Mitglied des SPD-Bezirkvorstandes Hessen-Süd

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Südostasien nicht verprellen

---

Aasen-Staaten hoffen auf neuen Dialog mit der EG

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Ein schwerer Weg steht bevor

---

Anmerkungen zum Hamburger Bundeskongress der Jung-  
sozialisten

Seite 5 / 35 Zeilen

Die hessische Kommunalwahl eine Warnung an die Gesamtpartei

Die SPD muß sich wieder der Sorgen und Wünsche der Bürger annehmen

Von Günter Metzger  
Mitglied des SPD-Bezirkvorstandes Hessen-Süd

Es gibt keinen Zweifel: Die Sozialdemokraten haben bei den Kommunalwahlen in Hessen eine schwere Niederlage erlitten. Sie beträgt im Durchschnitt acht Verlustpunkte, am höchsten in der Stadt Lahn mit 15,6 Prozent. In fünf der sechs kreisfreien Städte ist die CDU stärkste Partei, in Frankfurt, Wiesbaden und Lahn (Wetzlar-Gießen) erhielt sie die absolute Mehrheit, ebenso im Umlandverband Frankfurt. Lediglich in Kassel konnte die SPD ihre absolute Mehrheit knapp behaupten. Der Zugewinn in vier Landkreisen gegenüber den Zwischenwahlen im Jahre 1974 mit durchschnittlich drei Prozent ist ein schwacher Trost.

Die Niederlage der Sozialdemokraten in Hessen ist eine Niederlage für die Gesamtpartei. Jede andere Betrachtungsweise wäre Augenwischerei. Sicher gab es in zahlreichen Städten und Gemeinden örtlich Interessatenkonflikte, die sich auf das Wahlergebnis auswirkten. Auch das von Wahlforschern seit einiger Zeit registrierte Verhalten einiger Wähler, dem Gewinner der Bundestagswahl bei nachfolgenden Regionalwahlen das Vertrauen wieder zu entziehen, mag eine Rolle gespielt haben. Entscheidend waren aber bundes- und landespolitische Querelen und die nach wie vor bestehende Identitätskrise der Partei, die das Ergebnis der Kommunalwahlen prägten.

Die Probleme der Rentenversicherung und der Verdacht, daß Wahlversprechen nicht mehr ernst genommen werden, der Streit um die Sanierung der Krankenversicherung und die jüngsten Abhöraffären schlugen ebenso auf das Wahlergebnis durch wie die zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Bau von Kernkraftwerken. Andere Wähler dachten an die Helaba-Affäre und an die undurchsichtigen Wahlspenden in Frankfurt. Die Gebiets- und Verwaltungsreform verärgerte vor allem traditionelle SPD-

Wähler und führte zu Resignation. Es möchte sich erneut, daß Reformen im Schul- und Hochschulbereich Anfang der 70er Jahre vielleicht an den Interessen der Betroffenen vorbei oder gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt wurden. Schließlich quittierten die Wähler erneut die Führungsschwäche der Partei und ihre doppeldeutige Haltung in zahlreichen Sachfragen, angefangen von der vor einigen Jahren immer wieder erhobenen Forderung nach Kommunalisierung von Grund und Boden, über Zweifel am Leistungsprinzip bis hin zur stillschweigenden Duldung von Stamokap-Fraktionen und nicht mehr auf dem Boden des Godesberger Programms stehenden Sektierergruppen.

Diese seit Jahren offenkundige Misere beginnt sich in gleicher Weise auszuwirken wie bei den Landtags- und Kommunalwahlen der Jahre 1974 und 1975. Überall gibt es Verdrossenheit bei den Bürgern, insbesondere bei sozialdemokratischen Wählern, die entweder nicht zur Wahl gingen oder auf noch deutlichere Weise die Gefolgschaft verweigerten, - etwa durch Abgabe ungültiger Stimmen oder durch Wahl der CDU.

Das Wahlergebnis vom 20. März 1977 ist eine letzte Warnung für die gesamte Partei. Entweder sind wir bereit, wieder auf die Sorgen und Wünsche der Bevölkerung zu achten, Reformen mit den Bürgern und nicht gegen sie durchzuführen, und ideologische Spielereien den notwendigen Fachentscheidungen unterzuordnen, - dann werden wir auch für die Landtagswahlen 1978 und 1979 wieder eine Chance haben. Oder wir werden uns von Sachzwängen überrumpeln lassen, vordergründige Probleme in den Mittelpunkt unserer Aussagen stellen und den Bürgern das Bild einer Partei vermitteln, die in wichtigen politischen Fragen eine doppelte Strategie verfolgt - dann werden wir den bitteren Weg der Niederlagen weiter gehen müssen, mit allen Konsequenzen für die Sozialdemokratische Partei, aber auch für die weitere Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland und für die Stabilität unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates.

(-/21.3.1977/kr/ks/lo)

+ + +

Südostasien nicht verprellen

Asean-Staaten hoffen auf neuen Dialog mit der EG

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Am Monatsende wird der Bundesaußenminister im Rahmen einer Asienreise zum 1. Male die Aseanstaaten besuchen. Asean (Vereinigung südostasialischer Nationen) ist dabei, die Feiern zum 10. Jahrestag der Gründung vorzubereiten und weitere Schritte zu ihrer Festigung anzukündigen. Auch wenn in den letzten Wochen wieder einmal das Mißtrauen zwischen einzelnen Aseanstaaten deutlich geworden ist, so sollte man doch nicht übersehen, daß alle fünf Länder wissen, wie wichtig es ist, die nationalen Grenzen zu überwinden, um Asien zu stärken. Die Verhandlungen z.B. zwischen Djakarta und Singapur haben sicher noch keinen entscheidenden Durchbruch gebracht; sie haben aber erneut deutlich gemacht, daß die Kräfte zur Zusammenarbeit im südostasiatischen Raum, wenn man die Erwartungen nicht zu hoch ansetzt, an Boden gewinnen.

Für das Verhältnis Südostasiens zur EG und damit zur Bundesrepublik, wirkt sich die Tatsache aus, daß man dort die Sorge hat, daß die EG gegenüber Asean nicht genügend Aktivität entwickelt, sondern lediglich, wie es der indonesische Forschungsminister Professor Dr. Sumitro Ende 1976 in London formulierte, eine "wohlwollende Gleichgültigkeit" gezeigt habe. Die Enttäuschung, die hier zum Ausdruck kommt, wiegt umso schwerer, als es sich um Meinungsäußerungen von Personen handelt, die Planwirtschaft und eine kollektivistische Umverteilung nie gewollt und auf eine marktwirtschaftliche Kooperation, z.B. mit der EG, gesetzt haben.

Trotz dieser Enttäuschung über die Beziehungen zwischen den Asean-Staaten und der EG, sind diese Länder nicht auf einen Kurs der Konfrontation gegangen. Sie suchen vielmehr weiterhin über die Kooperation eine Verbesserung der Beziehungen, wenn sie auch Vorhaltungen machen und Kritik üben. Bei der Frage nach den Ursachen z.B. der verhältnismäßigen Minderung der Exporte der Asean-Staaten in die EG wird als unbefriedigend ange-

sehen, daß beispielsweise zwischen der EG und Lome-Gruppe, die 44 Länder Afrikas und der Karibik sowie die Salomon- und Fidschi-Inseln umfaßt, Vorzugszölle vereinbart sind. Man wirft der EG weiter vor, daß assoziierten und halb assoziierten Staaten im Hinblick auf Kontingent und Preise ungerechtfertigte Vorteile gewährt würden. Hier ist der Punkt, an den die Asean-Länder sich diskriminiert fühlen. Über ein näheres Heranrücken der Asean-Staaten an die EG, in welcher Form das auch immer geschehen mag, ist bisher noch nicht gesprochen worden.

Da ein Beitrag zur Friedenssicherung und dem Abbau von Spannungen in Mitteleuropa, aber auch anderswo, außenpolitische Aufgabe der Bundesregierung ist, ergibt sich hieraus unser politisches Interesse an der Entwicklung in Asien. Zu dem Instrumentarium dieser Politik gehört auch die Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus der Region durch Technische und Kapitalhilfe wie auch die Unterstützung für das Programm der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit zum Zwecke der inneren Stabilisierung und des Aufbaus.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Notwendigkeit eines intensiven politischen Dialogs. Die Asean-Staaten suchen einen neuen Dialog mit Westeuropa. Die Vorbereitung einer Delegation aus den Asean-Staaten für Brüssel bringt dies deutlich zum Ausdruck. Im April soll diese Gruppe, die aus Vertretern Thailands, Malaysias, Singapurs, Indonesiens und der Philippinen besteht, der EG ihre Aufwartung machen.

Es wäre sehr zu hoffen, daß die neuen Initiativen zu Ergebnissen führen und nicht im Stadium von Erklärungen bleiben würden. Der Bundesaußenminister hat eine Chance, mit einem zu neuen Aufwind beizutragen, zumal die Wirtschaft dieser Länder, auch die Malaysias und Singapurs, die Schwierigkeiten der vergangenen Jahre weitgehend überwunden haben.  
(-/21.3.1977/kr/1a)

+ + +

Ein schwerer Weg steht bevor

Anmerkungen zum Hamburger Bundeskongress der Jungsozialisten

Die Situation der Jungsozialisten ist seit dem Bundeskongress am Wochenende in Hamburg nicht leichter geworden. Der Riß ist da. Ob er noch einmal gekittet werden kann oder ob in letzter Konsequenz ein Auseinanderfallen der Jugendorganisation der SPD bevorsteht, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

Daß niemand im neuen Jusco-Vorstand die Spaltung der Organisation will, ist deutlich geworden. Der neue Bundesvorsitzende und die sechs Stellvertreter haben ihre Bereitschaft zur Integration deutlich gemacht und die Zusammensetzung des neuen Vorstandes bietet die Chance, diesen Integrationsprozess einzuleiten. Hier müssen alle an einem gemeinsamen Strang ziehen. Das heißt aber nicht, daß die politischen Konflikte innerhalb der Arbeitsgemeinschaft unter den Teppich gekehrt werden dürfen. Sie müssen in der Sache hart, aber solidarisch ausgetragen werden. Nur so kann eine Klärung über die eigentliche Position der Jungsozialisten herbeigeführt werden.

Wer in dieser Auseinandersetzung allerdings Positionen vertritt, die mit den Beschlüssen der Partei nicht auf einen Nenner zu bringen sind, der muß wissen, daß dies die SPD nicht zulassen wird. Wer die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten zu einer Partei in der Partei machen will, wird mit hartem Widerstand rechnen müssen.

Was sich gegenwärtig bei den Jungsozialisten abspielt, kann nur vordergründig als ideologische Auseinandersetzung bezeichnet werden. In Hamburg ist ein Machtkampf mit Bruchialgewalt geführt worden, der an ähnliche Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre erinnert und die Bedeutungslosigkeit dieser Bewegung eingeleitet hatte. Soll den Jungsozialisten nicht das gleiche Los widerfahren, dann muß Schluß gemacht werden mit Diffamierungen und Verunglimpfungen. Dies gilt für alle Gruppierungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Eine große Kraftanstrengung ist erforderlich, um von Machtkämpfen wegzukommen und sich auf die eigentliche Aufgabe einer jugendpolitischen und zielgruppenorientierten Arbeit zu besinnen.

Hierbei wird auch die Gesamtpartei mithelfen müssen. Auch sie hat ihre Lehren aus den Ergebnissen von Hamburg zu ziehen. Mit Repressalien und restriktiven Einvernehmungsprozessen ist niemandem gedient. Ein schwerer Weg steht bevor, der solidarisch gegangen werden muß.

Gode Japs  
(-/21.3.1977/kr/ja)

+ + +